

Vernetzungskonferenz „‘Nazikeule’ oder Zivilgesellschaft?“

13. September 2024, Altes Schloss, Baruth/Mark

Referent: Rainer Spangenberg, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Brandenburg

Ich rede hier nicht in erster Linie von Extremismus, sondern von diskriminierenden, demokratiefeindlichen und gefährdenden Äußerungen. Da beziehe ich mich auf Beispiele, die in der Einladung sozusagen benannt waren. Ich habe weniger im familiären Umfeld, aber sehr viel und immer mehr auch im öffentlichen Raum und bei Bildungsveranstaltungen - ich bin vor allem Pädagoge - mit Äußerungen zu tun, die für mein Empfinden die Demokratie infrage stellen, Menschenrechte infrage stellen, zum Teil sogar Menschen verächtlich machen - auf einer Ebene, auf einer schiefen Ebene, und nicht zwischen den Polen: Demokraten und Extremisten. Daran glaube ich nicht. Oder Rassisten und Antirassistinnen. Auch da glaube ich nicht, dass ich entweder oder bin.

Ich habe da ein Gerüst für mich, weil ich auf einen bestimmten Spruch nicht in jeder Situation die gleiche Antwort habe. Und für mich macht es zum Beispiel einen Unterschied, ob ich für mich rassistische, das Wort mag ich lieber als ausländerfeindlich, Äußerungen in einer Gruppe höre, in einer Schulklasse zum Beispiel, wenn ich da mal arbeite, wo auch davon Betroffene sind, oder unter Weißen sozusagen, nicht von Rassismus Betroffenen.

Im ersten Fall hat für mich Priorität zu gucken, ist da jemand verletzt, und mich zu positionieren. Im zweiten Fall werde ich es nicht stehen lassen, aber kann es auch ein bisschen später machen, überlege mir wie, kann auch nachfragen. Also das heißt, Sie haben gesagt, Frau Biesterfeld, Tagesform spielt eine Rolle. Bei mir auch, gerade im öffentlichen Raum geht es wahrscheinlich jedem so.

Fühle ich mich gerade mutig, fühle ich mich stark, habe ich überhaupt keinen Bock, mich irgendwo einzumischen, weil ich habe gelernt, das gehört sich eigentlich nicht, sich einzumischen und so. Ich habe also kein Patentrezept. Aber dazu will ich jetzt auch nicht ins Detail gehen.

Drei Schritte nur. Erstens überlegen, versuche innerlich, ein bisschen Abstand zu nehmen. Worum geht es eigentlich in dieser Situation für mich und für andere, die zuhören, für den, der das äußert, für mich, aber auch für Dritte, die das hören.

Was ist mein Ziel, was will ich damit erreichen? Denke ich, möchte, kann und muss hier eine Grenze setzen, dann heißt es Stopp sagen, das dulde ich nicht. Oder möchte ich auf der Sachebene widersprechen oder möchte ich eine betroffene Person schützen oder möchte ich eine von der Person, die das äußert, abweichende Wertehaltung äußern. Das sind verschiedene Wege, die ich vielleicht einschlage.

Und ich will nicht sagen, dass für mich einer immer der Richtige ist und dass für jeden Menschen in einer ähnlichen Situation der Gleiche der Richtige ist. Ich habe mir überlegt, ich möchte darauf eingehen, und ich habe diese Anfrage gekriegt in einer Zeit, wo mich, wie wahrscheinlich die meisten von Ihnen, die Wahlen und den, ich würde es bezeichnen als eine massive Diskursverschiebung nach rechts, und da bin ich nicht der Einzige, die hat nicht in den letzten Monaten angefangen.

Bücher, die mich da inspiriert haben, haben wahrscheinlich auch einige von Ihnen gelesen, in der Reihenfolge „Ungleich vereint - Warum der Osten anders bleibt“, „Triggerpunkte“, wie Einstellungen in der Bevölkerung der Deutschen verteilt sind zu bestimmten Ungleichheitsfragen: Arm-Reich, Migration innen und außen, wir - sie, also Diskriminierung entlang von Linien wie Geschlechtsidentität, Herkunft und so weiter, oder auch heute Morgen zum Beispiel Klimakonflikt.

Sehr spannend, finde ich, und zwei Tage vor den Thüringen-Sachsen-Wahlen habe ich mir das Buch „Machtübernahme“ gekauft und gelesen, in der letzten Woche nicht erfreulich, aber anregend, und ich werde mich an zwei Stellen darauf beziehen. Genau, ich hatte beschlossen, ich möchte auf die zwei Worte aus der Überschrift dieser Veranstaltung eingehen. Das erste war Nazikeule, in Anführungsstrichen geschrieben. Ich finde auch immer ein bisschen, wir sollten vorsichtig sein, rechtsextreme Begriffe in unseren alltäglichen Sprachgebrauch

Übernehmen. Aber in diesem Fall finde ich es fruchtbar um nachzudenken, was ist damit eigentlich gemeint, wer verbindet was damit und was kann das für Menschen heißen, die Demokratie und Menschenverachtung nicht hinnehmen wollen. Und ich schätze Juli Zeh besonders als Schriftstellerin sehr, sie hat in einer Talkshow gesagt zur Migrationsdebatte, sie sieht da eine unglückliche Tendenz, die aufhören müsse, und das sei das Framing. Jeder, der das nicht so sieht wie wir, ist ein Nazi.

Sehr zugespitzt, aber ich schätze Juli Zeh, und ich würde übrigens sagen, in der sogenannten Migrationsdebatte haben wir nicht alle hier im Raum dieselbe Meinung zu jedem Punkt. Wir werden untereinander zum Teil streiten, wer soll legitimerweise abgeschoben werden dürfen und wer nicht?

Ja, da werden wir uns nicht alle einig sein im Detail. Trotzdem haben wir vielleicht eine ähnliche Haltung, dass uns ankotzt, wenn ein Friedrich Merz mit paar Monate Verspätung etwas raushaut, was vorher AfD-Positionen waren, wenn ein Herr Spahn, der migrationspolitisch überhaupt keine Ahnung hat, im Grunde sagt, was Beatrix Storch zum Empören aller vor ein paar Jahren gesagt hat, und wenn das alles langsam nach rechts rutscht. Vielleicht gruselt uns das alle auf die eine oder andere Art.

Genau, Nazikeule. Warum, finde ich, muss ich das ernst nehmen? Auch wenn, viele von Ihnen kennen vielleicht Marshall Rosenberg, „Gewaltfreie Kommunikation“: Wir haben einen Wolf in uns und eine Giraffe. Der Wolf in mir sagt, ey, was heult ihr rum? Da werden Leute ständig und massiv in der Öffentlichkeit rassistisch beleidigt.

Man darf anscheinend alles sagen, Politiker, die gewählt werden, von der Partei, die immer mehr gewählt wird, und da sagt jemand, dann kann ich sagen. Die meisten Menschen meinen damit aber gar nicht, wenn ich nachfrage, naja, ist ja nicht direkt verboten. Ich frage dann, was passiert denn, wenn du das sagst? Wird sie eingesperrt, werden die AfD-Politiker eingesperrt? Nein, im Grunde meinen die meisten, man darf ja gar nichts mehr auf eine bestimmte Art sagen, ohne dass man

dafür kritisiert wird. Und da sage ich: Ja, ich bin froh, Sie können mich auch kritisieren.

Aber, was mir zu denken gibt: Am Wahlabend in Thüringen wurde gefragt, was gefällt uns an der AfD. Und AfD-Wählerinnen, die sie also gerade gewählt hatten, haben gesagt, 97%, sie spricht das aus, was in anderen Parteien nicht gesagt werden darf. Das ist ihre Meinung zumindest. 97%. Und es ist mir egal, dass sie in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht. Genau.

Übrigens unter denen, unter allen Wählenden, habe ich später gesehen, haben 56% zugestimmt, die AfD spricht etwas aus, was anderen Parteien sich nicht trauen. Über die Hälfte der Thüringer Bevölkerung meinte das. Was mir mehr zu denken gibt, ist dieses Ergebnis aus dem Buch „Triggerpunkte“, eine Befragung Anfang 2023.

Da wurden Menschen gefragt: Wie stimmen Sie der Aussage zu, heutzutage darf man nichts kritisch über Migranten oder Homosexuelle sagen, ohne gleich als intolerant abgestempelt zu werden. Ich weiß nicht, auf wie viel sie tippen werden. Voll und ganz stimmen dem jede dritte befragte Person zu. Und eher ja: 27%. Das sind 61%. Die haben das Gefühl, wo Juli Zeh sagt, in diesem Fall auf geschlechtliche Orientierung bezogen: Ja, man darf eigentlich gar nicht mehr so richtig sagen. Wobei es natürlich etwas softer ist, zu sagen, ohne gleich kritisiert zu werden oder als intolerant abgestempelt zu werden.

Aber das bedeutet ja diese Schlagwort-Nazi-Keule. Ich sage etwas, was irgendwie nicht politisch korrekt ist, und dann bin ich ein Nazi oder ein Rechtsextremer oder was weiß ich was. Was ich aber ermutigend finde, gleichzeitig haben 69% zugestimmt der Aussage: Ich finde es gut, wenn heute über Minderheiten nicht mehr negativ gesprochen werden soll.

So, das heißt, es gibt einen breiten Konsens in unserer Bevölkerung, auch wenn der nicht erkennbar ist im Moment bei den Wahlen, dass halt bestimmte Sachen nicht okay sind, wenn Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung herabgewürdigt

werden. Da ist ein Widerspruch, da ist eine Schnittmenge. Und meine Schlussfolgerung daraus ist, oder meine Frage: Wie kann ich ganz entschieden Position beziehen, Haltung zeigen und gegebenenfalls Grenzen setzen, ohne dass das Nazi-Keule genannt wird?

Und ich hatte nur ein paar Ideen, die ich aber runterrasseln muss. Erstens solche Begriffe, die im politischen Diskurs als Kampfbegriffe eingesetzt werden wie Rassist, Nazi und so weiter. Das sage ich aus einer Perspektive des Pädagogen und des nicht von Rassismus Betroffenen.

Ich will nicht von Rassismus Betroffenen vorschreiben: sagt ja nicht, das ist Rassismus. Aber in meiner Rolle sollte ich sagen, was ich damit meine. Weil es gibt keinen Konsens.

Und Martin und ich machen viel mit Kollegen seit ein paar Jahren Polizeiseminare. Wir arbeiten viel mit denen zum Thema Rassismus und Diskriminierung. Die gute Nachricht: Ich habe den Eindruck, in der Polizei ist die Abwehr dagegen, von institutionellem und latentem Rassismus zu reden und nicht zu denken, das heißt ja, alle Polizisten werden hier pauschal als Rassisten dargestellt. Die Offenheit dafür ist gestiegen. Die Bereitschaft auch, sich extern sozusagen kontrollieren zu lassen, ist unter Polizisten - wir arbeiten mit Menschen der unteren und mittleren Führungsebene - gestiegen. Für meinen Eindruck.

Das ist wichtig, weil die Frage ist bei bestimmten Übergriffen: Trauen sich Betroffene, die Polizei anzuzeigen? Was passiert, wenn sie da nicht gehört werden oder wenn sie sich selbst diskriminiert fühlen?

Nationalsozialismus, ein Vergleich ist keine Gleichsetzung. Da wird geguckt, was haben zwei Dinge für Gemeinsamkeiten, und was gibt es für Unterschiede.

Aber ich sollte es auch so formulieren: Parallelen durchaus aufzeigen. Und mein Gegenüber nicht gleich in eine Schublade stecken, weil die meisten Menschen, weiß ich nicht, nur weil jemand sagt, ich würde auch AfD wählen oder ich habe sie

gewählt oder ich finde das auch, ist das nach meinem Maßstab ein Rechtsextremist oder sogar ein Neonazi oder keins von beiden. Mich darauf beziehen, was Menschen sagen und nicht, was sie vermeintlich sind. Ich glaube, das kann dazu beitragen, zumindest die Kommunikation aufrechtzuerhalten und in manchen Situationen auch die Eskalation zu vermeiden.

Ich wollte noch etwas zum Thema Zivilcourage sagen: Entschieden ja und gegebenenfalls ziviler Ungehorsam.

Und das Buch, wenn jemand von Ihnen das gelesen hat - keine angenehme Nachtlektüre, ich habe es abends gelesen - „Machtübernahme“. Es entwirft ein Szenario, wie es sein könnte, dass die AfD an der Regierung beteiligt wird. Erstmals vielleicht in der Koalition. Und was kann dann passieren? Und ein Punkt, der mir sehr zu denken gibt, weil ich finde, er trifft die Realität: Ein Innenminister der AfD zum Beispiel, der braucht erstmal gar keine neuen Gesetze, die er vielleicht nicht durchkriegt.

Er kann dann die bestehenden ausnutzen, die ihre Vorgängerregierungen verabschiedet haben und sie zum Beispiel restriktiver auslegen. Da gibt es immer einen Spielraum. Bestes Beispiel: Asyl- und Migrationsgesetzgebung. Sie ermöglicht schon jetzt umfangreiche Eingriffe in die Grundrechte von Betroffenen. Das alles führt die Linie vorheriger Innenminister fort. Was er dann macht, verstärkt aber deren diskriminierenden Elemente.

Das gibt mir sehr zu denken, ich nehme das wahr. Was heißt das? Ich finde, ich mache keine Parteiwerbung, keine Partei-Anti-Werbung. Ich nehme mit Sorge wahr, ich bin froh, sage ich mal hier, dass wir einen Herrn Woidke in Brandenburg haben, der viel Vertrauen genießt und die AfD nicht ganz so groß macht.

Aber ich bin entsetzt und enttäuscht, dass Herr Woidke zum Beispiel in dem Detail Bezahlkarte einfach den Diskurs übernommen hat, dass wir stoppen müssen, dass alle möglichen Asylsuchenden Geld ins Ausland transferieren. Und ich habe nie die

Antwort gehört, wie viele es eigentlich sind, dass wurde nicht untersucht. Aber es wird angenommen.

Die überweisen unser Geld ins Ausland. Und das letzte Argument war, das ist eine Anregung, dass sie Arbeit aufnehmen, obwohl die Menschen, die sich damit wirklich befassen, sagen, es gibt sehr viele Hindernisse dafür, Arbeit aufzunehmen. Deshalb kollektiv einer Gruppe die Selbstbestimmung über das wenige Geld, was sie haben, zu nehmen, die finde ich persönlich, und da bin ich an der Grenze des Moralisierens, schäbig, und wir werden uns vielleicht nicht einig sein darüber. Wir brauchen uns auch nicht einig sein, aber dieser Aufruf hat, glaube ich, nicht nur mich, sondern andere inspiriert und ihnen Mut gemacht, weil ich zumindest oft das Gefühl habe, es werden ja immer weniger, die das sagen.

Also egal, wer das sagt: Widersprechen, Einbruch erheben. Leidenschaftlicher Streit auch unter DemokratInnen. Wo werden die Menschenrechte infrage gestellt? Und wo ist ein Tabu? Wo fängt das an, darüber streiten und zu vergewissern? Und nicht erst, wenn jemand das offen neonazistisch sagt.

Übrigens Bezahlkarte nochmal, als jemand, der in Teltow-Fläming arbeitet: Mich hat es total gefreut, ohne zu wissen, warum, Frau Wehlan sich der Stimme enthalten hat bei der Abstimmung als einzige Landrätin. Vielleicht hat sie ganz andere Gründe, als ich vermutet habe. Aber dass eine Person für einen Landkreis sagt, ich stimme dem nicht zu, das ist symbolisch. Das wäre genauso symbolisch gewesen, wenn sie Nein gesagt hätte. Aber ich finde es wichtig.

Neutralitätspflicht, da bin ich bei Zivilcourage. Viele von uns werden sich dagegen wehren müssen. Ich kriege es in Schulen mit, in der Polizei ist es ein Thema, dass die AfD zunehmend versucht, die Neutralitätspflicht, die der Staat gegenüber Parteien hat, dem Staat gegenüber menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen und Bestrebungen aufzudrücken. Und auch der Zivilgesellschaft. Und nein, ich bin nicht parteiisch. Ich wettere nicht nur gegen die AfD oder sonst was.

Aber wir haben die Pflicht und das Recht, nicht neutral zu sein gegenüber Menschenverachtung und Einschränkung von Menschenrechten. Und da werden wir noch mehr darum kämpfen müssen. Sie stellen das infrage, einschließlich der Förderung, was manche betrifft, Vereine, die Vielfalt in der Satzung haben, die Gemeinnützigkeit zu streichen.

Stellen Sie sich mal vor, was das für ein Diskurs ist. Die AfD hat es geschafft, dass viele Menschen Vielfalt mit Messerattacken gleichsetzen heute. Und dass von AfD über BSW und CDU Gesetze verabschiedet werden, wo die Gendersprache verboten wird. Da werden wir uns auch nicht einig sein. Manche nerven vielleicht, dass ich das mache. Aber das ist etwas, wo wir kämpfen müssen.

Vorletztes Beispiel, dann bin ich fertig. Bezahlkarte, nochmal mein Thema. Ich war schon Regionalreferent in der RAA-Trebbin, als das Sachleistungsprinzip in Teltow-Fläming als einem der ersten Landkreise mit einer breiten Mehrheit - eigentlich CDU im Kreistag - abgeschafft wurde.

Weil es teuer war, weil es diskriminierend war, weil es Rassismus gefördert hat und weil es menschenrechtsgefährdend war. Jetzt kommt sie wieder. Damals haben Menschen gesagt, ich kenne Menschen, die müssen in bestimmten Läden damals mit Gutscheinen einkaufen, die Bezahlkarte ist vielleicht nicht ganz so schlimm, sind eingeschränkt, brauchen Bargeld. Wir gehen mit ihnen einkaufen, die bezahlen die Sachen mit ihrer Bezahlkarte, die ich haben will, und ich gebe ihnen das Bargeld.

Und das möglichst noch öffentlich. Übrigens, ich habe gerade gehört, die Linke macht das auch zum Teil. Also das ist für mich Zivilcourage, das ist für mich etwas unterlaufen, ziviler Ungehorsam, für die, die es mögen. Solidarität.

Und letzter Punkt: Polizei. Ich weiß, die Polizei ist, was Rassismus angeht, zum Teil Teil des Problems Rassismus. Die Polizei ist aber auch zum Teil Teil der Lösung.

Ich komme aus Niedersachsen, die Studie, die jetzt veröffentlicht wurde, finde ich sehr spannend und die ist in der niedersächsischen Polizei zumindest ernsthaft aufgenommen worden.

Mein letzter Punkt: Ziviler Ungehorsam. Es ist ein Unterschied, wie ein konkreter Polizist, Einsatzleiter, die veränderte Gesetzgebung auslegt, dass bei Abschiebung nicht nur die Wohnung, das Zimmer der Person, die abgeschoben werden soll, durchsucht werden soll, sondern auch andere Zimmer, wo die Person sich aufhalten könnte. Legt sie das eng aus oder nicht? Das heißt, Polizistinnen, Lehrkräfte, Beamtinnen, auch das steht in dem Buch, Zivilpersonen, können nicht die Politik groß ändern, aber sie können eine größere Atmosphäre der Solidarität (schaffen). Und dafür möchte ich werben.